



Vorlage

Datum: 04.12.2008
Vorlage RB/885/2008/1

TOP	Betreff Shared Services - Kooperation der Kommunen Hückeswagen, Marienheide, Radevormwald und Wipperfürth; hier: öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Beschlussentwurf: Der Rat beschließt die als Entwurf beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle für die Städte Hückeswagen, Radevormwald und Wipperfürth sowie die Gemeinde Marienheide.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Rat	12.12.2008	öffentlich

Sachverhalt:

Wie in den bereits zur Verfügung gestellten Unterlagen mitgeteilt, soll in dem Teilprojekt „Beschaffungsmanagement“ eine Zentrale Vergabestelle für die gemeinsame Abwicklung dieses Bereiches eingerichtet werden. Diese soll bei der Stadt Radevormwald angesiedelt werden.

Zur Umsetzung dieser Vergabestelle muss eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Kommunen abgeschlossen werden. Ein Entwurf dieser Vereinbarung wurde von der Projektgruppe unter Beteiligung der Fa. Deckert Management Consultants und des Oberbergischen Kreises erarbeitet und ist in der Anlage beigefügt. Der Entwurf wurde im projektbegleitenden Beirat am 04.12.2008 abgestimmt.

Dabei wurde vereinbart, dass die Vereinbarung noch in diesem Jahr den beteiligten Räten zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll, um einen möglichst frühzeitigen Beginn der Arbeit der Vergabestelle zu ermöglichen.

Es wird davon ausgegangen, dass sich alle Kommunen des Projektes „Shared Services“ an der zentralen Vergabestelle beteiligen. Die Gemeinde Marienheide hat angekündigt, vor dem Hintergrund der veränderten Ausgangslage des Projektes in diesem Jahr zunächst keine Beschlüsse zu fassen. Dennoch sollte der Entwurf wie vorgesehen für alle vier Kommunen beschlossen werden. Die Gemeinde Marienheide wird das Thema Anfang 2009 im Rat behandeln. Sollte

dort keine Beteiligung an der zentralen Vergabestelle beschlossen werden, müsste der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in den entsprechenden Punkten geändert werden.

Es ist vorgesehen, die Vergabestelle mit einer Personalausstattung von 1,2 Stellen (Entgeltgruppe 11) zu versehen. Dies wurde vor dem Hintergrund von vier beteiligten Kommunen ermittelt. Sollte die Gemeinde Marienheide nicht an dem gemeinsamen Projekt teilnehmen, müsste die Personalausstattung der Vergabestelle neu berechnet werden.

Die Verwaltung bittet um Zustimmung zu der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, um auf diesem Gebiet die Arbeit des Teilprojektes zügig abschließen zu können.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A.

Torsten Kemper

Anlagen:

Text des Entwurfes der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung